



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen**

**Haller, Johannes**

**Stuttgart [u.a.], 1930**

Rückblick auf 1815-1850

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77090)

dem die entscheidende Wendung der folgenden Jahrzehnte in die richtige Beleuchtung rückt.

Emile Ollivier, der Staatsmann, der als Ministerpräsident im Sommer 1870 „leichten Herzens“ sein Land in den Krieg gegen Deutschland stürzen ließ, hat in seiner breit angelegten Geschichte des „Liberalen Kaiserreichs“ — einer Gerichtsrede in 18 Bänden, rhetorisch glänzend, aber mit allen Fehlern einer solchen — die Behauptung ausgesprochen, in den Jahren von 1815 bis 1848 sei weder der Rhein noch die Rache für Waterloo der stete Gedanke der Regierenden gewesen. Wohl finde man bei Geschichtschreibern, Dichtern, Geographen die „übrigens unbestreitbare Behauptung“, daß der Rhein die natürliche Grenze Frankreichs sei. Aber „nirgends,“ sagt Ollivier, „unter keiner Regierung läßt sich die geringste Handlung entdecken, die die Absicht verriete, ihn wiederzunehmen“. Er beruft sich darauf, daß auch Guizot als Ministerpräsident am 24. Januar 1848 erklärt habe, Frankreich hätte besser getan, zur Befreiung Polens, der Lombardei und Venediens die Armee und die Schätze zu verwenden, die es „nicht gebraucht hat, um die Rhein- und Alpengrenze für sich zu gewinnen“. Den Ruf eines geschickten Anwalts, den Ollivier bei Lebzeiten besaß, hat er an dieser Stelle nicht wahrgemacht. Er bestreitet, was kein Vernünftiger behauptet hat noch behaupten kann. Niemand wird dem Frankreich der Restauration und des Bürgerkönigtums eine *H a n d l u n g* vorwerfen können, die auf Eroberung des Rheins zielte. Aber wenn es für diesen Zweck nichts *g e t a n* hat, so lag das nicht am Fehlen der Absicht, sondern nur an der Unmöglichkeit, sie auszuführen. Der Polignacsche Plan, Talleyrands belgische Teilungsprojekte sehen zwar nicht den unmittelbaren Erwerb des Rheinlands für Frankreich vor, wohl aber die Vorbereitung dazu. Warum drängte man denn auf Bildung eines eigenen rheinischen Königreichs hin, warum sonst, als weil man von einem solchen weniger Widerstand, sei es gegen militärische Eroberung, sei es gegen friedliche Aufsaugung des Landes durch Frankreich glaubte erwarten zu dürfen? Solange Preußen, als „der rheinische Hausknecht des Deutschen



Bundes“, wie Friedrich Wilhelm IV. sich einmal genannt hat, die Grenze hütete, waren solche Absichten ungefährlich und aussichtslos. Wenn an Stelle des Hohenzollern ein wettinischer Kleinfürst von Aachen bis Trier regierte, ließ sich eher daran denken. Vollends hinfällig ist Olliviers Versuch, die Annexionslust als platonischen Wunsch von unpolitischen Intellektuellen abzutun. Chateaubriand, der offen und unverhüllt die Wiedergewinnung der Rheingrenze für Ehrenpflicht erklärte, gehört zwar in die Kategorie der Dichter, war aber zugleich aktiver Staatsmann, Diplomat und zeitweilig Minister des Äußern. Thiers war Geschichtschreiber, aber auch Staatsmann und wiederholt Minister, und in dieser Eigenschaft hat er die Losung „Auf zum Rhein!“ ausgegeben, die in ganz Frankreich so lauten Widerhall fand. Er hat den Gedanken auch nach seinem Sturz nicht verleugnet. Am 20. Januar 1842 ließ der Exminister in der Kammer die drohende Bemerkung fallen: „Zwischen uns und den Deutschen gibt es eine territoriale Streitfrage, die für sie gefährlich ist.“ Die Ausflüchte verfangen also nicht; das politische, das offizielle Frankreich ist es, das so gedacht und gesprochen hat.

Es ist eben nicht anders: Frankreich hat von 1815 bis 1850 den Wiedergewinn der Rheingrenze gewünscht und gewollt und ein historisches und moralisches Recht darauf zu haben geglaubt; verzichtet hat es nur, weil die Umstände ihm nicht erlaubten, den Willen zur Tat werden zu lassen. Der Verteidiger vor dem Strafgericht darf Freisprechung beantragen, weil die Tat nicht ausgeführt wurde. Vor dem Richterstuhl der Geschichte werden Absichten und Gedanken ebenso zur Rechenschaft gezogen wie begangene Handlungen. Die auswärtige Politik eines jeden Staates ist der Ausdruck dessen, was sein Volk will und zu bedürfen glaubt, und sie muß ebensosehr nach Hoffnungen und Entwürfen beurteilt werden, die nicht zur Ausführung kamen, wie nach vollzogenen Handlungen. Worauf die Entwürfe in Frankreich nach 1815 dauernd gerichtet waren, kann niemand bestreiten, der den Sinn für die Wahrheit nicht ganz verloren hat. Das hat doch sogar Guizot mittelbar bestätigt, indem er von den Armeen

Haller, Tausend Jahre ... 8



und Schätzen sprach, die man nicht verwendet habe, um die Rheingrenze wiederzugewinnen. Wenn man freilich der nationalen Voreingenommenheit bis zu solcher Verblendung sich hingibt, wie Perraud, der das Rheinlied Nikolaus Beckers eine „Herausforderung der französischen öffentlichen Meinung“ nennt und Musset preist, weil er den Handschuh aufgenommen und — in besseren Versen, aber mit roher Gesinnung — geantwortet habe, so hört die Möglichkeit vernünftiger Erörterung auf. Scheut sich doch dieser französische Historiker nicht einmal, bei solchem Anlaß den Satz niederzuschreiben: „Sollte ihre (der Deutschen) Unbeugsamkeit (*intransigence*) Frankreich etwa dazu verurteilen, zwischen dem Rhein und dem Frieden, zwischen seinen nationalen Bestrebungen (*aspirations*) und seinen humanitären Lehren zu wählen?“ Wer logisch denkt, wird diese Wahl für unvermeidlich halten, wo die „nationalen Bestrebungen“ mit den „humanitären Lehren“ in so handgreiflichem Widerspruch stehen wie hier. Aber freilich, in den Augen eines französischen Historikers von 1923 kommt das gute Recht der Deutschen auf ihr eigenes Land, uralten deutschen Volksboden, nicht in Betracht gegenüber den „nationalen Bestrebungen“ Frankreichs. Für ihn ist die zornige Aufwallung des deutschen Patriotismus angesichts des offen angekündigten Griffes nach deutschem Gebiet nur eine „Herausforderung der französischen öffentlichen Meinung“. Es hat einmal einen französischen Geschichtschreiber gegeben, größer als alle, die heute auf diesen Titel Anspruch machen, einen der vornehmsten und klügsten politischen Denker aller Zeiten, der auch als Staatsmann und Minister seines Landes eine Rolle gespielt hat und der, anders als die Epigonen des Weltkriegs, die Wahrheit erkannt und ehrlich bekannt hat. Alexis de Tocqueville gehörte zu der Schule liberaler Politiker in Frankreich, die das Bündnis mit Deutschland erstrebten, weil sie darin den besten Schutz gegen das übermächtige Rußland, das Rußland des Autokraten Nikolaus I., sahen. Aber als er Deutschland bei längerem Aufenthalt aus eigener Anschauung kennen und verstehen gelernt hatte, gab er den Gedanken bekümmerten Herzens auf. Überall im



Lande hatte er gegenüber Frankreich die gleiche Gesinnung gefunden, gemischt aus Furcht und Haß. Er zögert nicht, Frankreich die Schuld daran zu geben. „Wie könnte es anders sein?“ ruft er aus. „Es ist eine der verhängnisvollsten Folgen, die für Frankreich aus dem ersten Kaiserreich hervorgegangen sind . . . A u s u n s e r n n a t ü r l i c h e n B u n d e s g e n o s s e n h a b e n w i r u n s e r e s c h l i m m s t e n F e i n d e g e m a c h t.“

Es hätte nicht so zu sein brauchen. Als Tocqueville sein resigniertes Urteil niederschrieb, waren seit dem Sturze Napoleons und der Befreiung Deutschlands vierzig Jahre verflossen. Die Zeit hätte genügt, die Wunden vernarben zu lassen, wenn nicht die ungescheut verkündigten französischen Ansprüche sie immer aufs neue aufgerissen, ja eigentlich dauernd offen gehalten hätten. So waren die Aussichten auf Aussöhnung, friedliches Nebeneinander und schließliche Verbindung der beiden Nachbarvölker in einem Menschenalter, einer Periode des Friedens, wie sie so lang seit drei Jahrhunderten nicht dagewesen war, nicht gestiegen, sondern gesunken, als seit Mitte des Jahrhunderts das Problem eine neue Seite erhielt, die seine Lösung aufs äußerste erschwerte: die Frage der deutschen Einheit.

Sie war bisher keine Frage der praktischen Politik gewesen. Akademische Erörterungen, die ihr in der Literatur gewidmet wurden, hatten den Staatsmännern keinen Anlaß gegeben, sich ernsthaft mit ihr zu beschäftigen. Den Wunsch weiter Kreise nach staatlicher Einigung der Nation hatten die Regierungen ignoriert, weil keiner der deutschen Staaten daran dachte, ihn sich zu eigen zu machen. Soweit sie sich mit einer Reform des Bundes überhaupt beschäftigten, waren ihre Erwägungen eher darauf gerichtet, wie man einer wirklichen Einheit aus dem Wege gehen könne. Darum hatte auch das Ausland dieser Frage keine Aufmerksamkeit geschenkt. In Frankreich hatte wohl hie und da eine einzelne Stimme auf die kommende deutsche Einheit hingewiesen. Wir hörten, wie schon der Zollverein eine leise Unruhe hervorrief, die aber rasch beschwichtigt wurde. Ein Kenner Deutschlands wie